Foto: AFP Photo/Fabian Credillas

Zehntausende protestierten in Buenos Aires – und vertrieben schon zwei Präsidenten

Hoffnungslos im gelobten Land

Aufstände und Wirtschaftschaos in Argentinien: Die verarmte Mittelschicht will nur noch fort aus ihrer Heimat / Von Alexandra Endres

Dieses Land hat keine Träume mehr. „Das Einzige, was bleibt: „hoffen, dass unsere Lage sich nicht noch weiter verschlimmert." Doch diese Hoffnung hat Gonzalo García Posse weitgehend aufgegeben. „Seit vier, fünf Jahren ist jedes Jahr schlechter als das vorhergehende. Es ist ein Abstieg ohne Ende", sagt der 25-Jährige. Die Konsequenz: Hinaus aus Argentinien. Weg aus der Heimat. So schnell wie möglich.

„Das Land kommt nicht voran. Wer hier bleibt, kann sich nicht entwickeln", erklärt Gonzalos Freund José Villazur. Auch er will Argentinien verlassen wie so viele seiner Landsleute. „Von zehn Freunden wollen sieben fortgehen", erzählen die beiden. Ihr Ziel: Deutschland. Gonzalo will Informatik studieren, José Gitarre und Gesang. Eingeschrieben haben sie sich bereits, alle nötigen Papiere an die deutsche Botschaft geschickt. Jetzt warten sie nur noch auf den ersehnten Stempel im Pass: „Am liebsten wären wir längst geflogen."

José und Gonzalo sind Nachfahren der Einwanderer, die einst auf der Suche nach einem besseren Leben aus Europa nach Argentinien kamen – und deren Enkel das Land nun in Scharen verlassen. Die Auswanderungswelle läuft zwar schon eine Weile, strebt wegen der tiefen Wirtschaftskrise der vergangenen Monate jetzt aber auf einen neuen Höhepunkt zu. Kurz vor Weihnachten gingen die Argentinier auf die Straße, hungernde Arme plünderten die Geschäfte, die Mittelklasse versammelte sich zu wütenden Demonstrationen. Die Regierung stürzte, der neue Interimspräsident Adolfo Rodríguez Saá gelobte Besserung. Allein: Nur die wenigsten glaubten ihm. Neue Demonstrationen vertrieben ihn kurz vor Neujahr wieder aus dem Amt – nach nur einer Woche. Und wie lange wird sich sein Nachfolger halten können?

José und Gonzalo gehören zur einst breiten, gut ausgebildeten Mittelschicht; ihnen geht es vergleichsweise gut. Gonzalos Vater ist leitender Bankangestellter, er selbst hat studiert und arbeitet seit Jahren im Büro eines Wirtschaftsprüfers. Der Großvater von José kam als Klempner ins Land und arbeitete sich zum kaufmännischen Angestellten einer Versorgungsfirma hoch. Auch José und seine Schwester studieren. Seine Familie verkörpert den argentinischen Traum, der hieß: „Meinen Kindern soll es einmal besser gehen." Josés Großvater glaubte noch daran und gab seine spanische Staatsbürgerschaft auf. Mit Stolz wurde er Argentinier.

Und er hatte ja Recht. Der Weg zum Aufstieg war eine gute Ausbildung, und die gab es für viele. Bildung ermöglichte das Wachstum der argentinischen Mittelschicht: Die Menschen wurden leitende Angestellte, Lehrer, Universitätsdozenten und andere Akademiker, Staatsangestellte, qualifizierte Arbeiter und Kleinunternehmer. Einst waren sie der Stolz des Landes, denn sie unterschieden es von Nachbarn wie Brasilien, wo die soziale Kluft größer ist. Doch das Bildungsbürgertum schrumpft und wird ärmer an Chancen. In den vergangenen 20 Jahren fiel das Einkommen der argentinischen Mittelklasse um ein Drittel. Gehörten früher mehr als zwei Drittel der Argentinier zur Mittelschicht, ist es heute nur ein Drittel.

Der Niedergang begann in den achtziger Jahren und wurde durch die Wirtschaftspolitik der neunziger noch verstärkt. Der damalige Präsident Carlos Menem und sein Wirtschaftsminister Domingo Cavallo setzten auf offene Märkte, Privatisierung und Deregulierung des Arbeitsmarkts. Öffentliche Angestellte verloren ihre Arbeit, Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung wuchsen. Heute findet in Argentinien ein Fünftel der Arbeitssuchenden keinen Job, weitere 16 Prozent sind unterbeschäftigt. Unbefristete Verträge sind selten geworden. Zeitverträge werden geringer entlohnt und bieten keine Sozialleistungen. Die Reallöhne sind gesunken. Angehörige des Mittelstands rutschen in die Armut ab. Schon vor drei Jahren lebte ein Drittel der Argentinier unter der Armutsgrenze – weit mehr als die Hälfte von ihnen gehörte einst zum Mittelstand.

Wer den völligen Absturz verhindern und den Klassenerhalt schaffen will, muss strampeln. Die einzigen Rücklagen, die möglichst nicht angetastet werden, sind die Mittel für die Ausbildung der Kinder. Doch Reisen sind gestrichen, ebenso wie das Geld fürs Auto. Kinos und Theater besuchen die Menschen vorzugsweise, wenn die Vorstellung gratis ist. Kleidung oder Schuhe werden auf Kredit gekauft. Doch selbst dann geht die Rechnung oft nicht auf, da Arbeitgeber verspätet zahlen oder nur in *bonos* – Schuldscheinen, mit denen die Provinzregierungen die Löhne ihrer Angestellten begleichen. Die Kreditkartenunternehmen aber verlangen pünktliche Ratenzahlungen in Bargeld. Die Folge: Ihren Schuldnern geht es wie dem argentinischen Staat. Sie können nicht zahlen, müssen höhere Zinsen in Kauf nehmen und geraten umso tiefer in die Klemme.

Jahrelang hat der argentinische Mittelstand den Niedergang stoisch ertragen. Doch in den zwei Jahren der Regierung Fernando de la Rúa wuchs ihr Unmut. Der Präsident, den sie in der Hoffnung auf Wandel 1999 gewählt hatten, erwies sich als entscheidungsschwach. Die Kluft zwischen Arm und Reich wuchs und war schließlich größer als jemals in den 25 Jahren zuvor. So kam es zu sozialen Unruhen, Straßenblockaden, Streiks.

In den Tagen vor Weihnachten eskalierte der Unmut. In Buenos Aires und vielen Provinzen im Landesinnern entluden sich Hunger und Wut der Unterschicht in Plünderungen und Straßenschlachten. Es waren die heftigsten Unruhen der vergangenen 80 Jahre. Der Präsident allerdings schien davon nichts zu merken und sprach noch Stunden nach Beginn der Ausschreitungen von „Einzelfällen" und „Provokateuren". Da war es auch mit der Geduld des Bürgertums vorbei, dem Wirtschaftsminister Domingo Cavallo Tage zuvor den freien Zugriff auf die eigenen Sparbücher und Girokonten beschränkt hatte. In Buenos Aires gingen 10 000 Menschen auf die Straße, ausgerüstet mit Töpfen, Pfannen und Kochlöffeln. Sie zogen lärmend vor das Regierungsgebäude, wo sie den Rücktritt de la Rúas forderten. Auch in Provinzstädten wie San Miguel de Tucumán, wo José und Gonzalo leben, kam es zu *cacerolazos*, zu Topfdemonstrationen.

Neuerdings geht die Botschaft der Demonstranten über Rücktrittsforderungen weit hinaus: „Unsere Politiker und Unternehmer plündern das Land und werden von einer schlecht funktionierenden Justiz beschützt. Die Leute haben die Nase voll. Sie wollen bessere Institutionen", sagt der Soziologe Manuel Mora y Araujo. „Die Demonstrationen richten sich gegen die gesamte politische Klasse." Nur, was bewirken sie? Zwar stürzte nach der Regierung de la Rúa nun auch Interimspräsident Saá von den Peronisten, die hauptsächlich damit beschäftigt sind, sich um die Verteilung der Macht zu streiten. Aber dann kommt eben ein Nachfolger, der ebenfalls dem System entstammt. Und wenn das Volk nach all den vergänglichen Figuren tatsächlich wie geplant im März ein neues Staatsoberhaupt wählt – dann aus überwiegend peronistischen Kandidaten. Denn keiner der profilierten Politiker dieser Partei will seine persönlichen Ambitionen zugunsten eines anderen aufgeben.

Weitere *cacerolazos* drohen. Im Internet zirkulierten Ende des alten Jahres entsprechende Appelle. Die Forderungen: eine funktionierende Justiz, ein um die Hälfte reduziertes Parlament und eine Reform des Sozialsystems. Denn, so die Autoren eines Aufrufs: „Mit unserem Geld finanziert man eine Gruppe von korrupten Nichtsnutzen, die uns das Blut aussaugen."

Randale aus reiner Zerstörungslust

beunruhigt die Menschen. „Wie sich die Leute verhalten, ist eine Frage ihrer Bildung", sagt eine Lehrerin. Wie sollen Kinder, die in Gewalttätigkeit aufwachsen, es besser wissen? Und warum sollten ihre Eltern nicht plündern gehen, wenn es die Politiker auf ihre Weise auch tun?

Wo Wahlen und Meinungsumfragen nichts fruchten, „suchen die Leute andere Formen, sich auszudrücken", meint der Soziologe Mora y Araujo. Gewalt gehört dazu. Fassungslosigkeit und Schmerz angesichts der Lage ihres Landes dominieren die Gespräche der Argentinier. Es kursieren Berichte von Leuten, die ihre Nachbarn ausraubten, vom Vandalismus aus purer Zerstörungslust, aber auch von bedürftigen Eltern, die ihre Söhne losschickten, geraubtes Gut zurückzubringen.

„Wie sich die Leute verhalten, ist eine Frage ihrer Bildung", sagt Victoria Almonte, eine 32-jährige Diplomhistorikerin, die sich, ihre Eltern und Geschwister mit mehreren Jobs als Lehrerin und Sekretärin über Wasser hält. „Die Ursachen liegen in der Erziehung, der Mentalität der Leute. Man muss die Kinder besser ausbilden, um das zu ändern." Doch die Kinder der Armen wachsen in einer gewalttätigen Umgebung auf. Wie ihnen erklären, dass Gewalt keine Probleme löst? Und warum sollten ihre Eltern nicht plündern, wenn die Politiker des Landes das Gleiche tun, auf ihre Weise?

Es bleibt das Ausland. Wer es kann, wie José und Gonzalo, verlässt Argentinien, das gelobte Land, das ihren Vorfahren so viel Hoffnung gab. Es gehen die gut Ausgebildeten, die dem Krisenstaat am ehesten wieder auf die Beine helfen könnten. „Der einzige Ausweg ist Ezeiza", der internationale Flughafen von Buenos Aires, lautet ein beliebter Scherz. Er besitzt Wahrheitsgehalt.

Chronik eines angekündigten Bankrotts

31. November 2001: Die Menschen stürmen die Bankschalter. Weil die Bevölkerung um ihre Ersparnisse fürchtet, werden an einem einzigen Tag rund 1,3 Milliarden Peso (umgerechnet 1,5 Milliarden Euro) abgehoben.

1. Dezember: Der umstrittene Wirtschaftsminister Domingo Cavallo lässt die Bargeldauszahlungen einschränken. Je Konto dürfen monatlich nur noch 1000 Dollar abgehoben werden.

5. Dezember: Schlechte Nachrichten aus Washington. Der Internationale Währungsfonds (IWF) stoppt einen bereits zugesagten Kredit über 1,26 Milliarden Dollar. Als Grund wird die mangelnde Haushaltsdisziplin der argentinischen Regierung genannt.

13. Dezember: Hunderttausende argentinische Arbeiter demonstrieren gegen die Regierung von Präsident Fernando de la Rúa. In den folgenden Tagen kommt es zu Streiks, Demonstrationen und Plünderungen; de la Rúa ruft den Notstand aus. Mindestens 27 Menschen sterben, mehr als 400 werden verletzt. Hunderte werden festgenommen.

20. Dezember: Präsident Fernando de la Rúa tritt zurück.

23. Dezember: Übergangspräsident wird Adolfo Rodríguez Saá. Der peronistische Politiker, bis dato Provinzgouverneur, soll das Land bis zu den Neuwahlen am 3. März 2002 regieren. Saá erklärt, die argentinischen Auslandsschulden von 132 Milliarden Dollar vorerst nicht mehr zu bedienen.

26. Dezember: Die neue Regierung verspricht eine goldene Zukunft: eine Million neue Jobs, 100 000 neue Häuser – vor allem aber die Einführung einer dritten Währung neben US-Dollar und dem an ihn gekoppelten Peso mit Namen Argentino. Dessen Wechselkurs soll frei schwanken und auf diese Weise den Druck vom Peso nehmen. Experten bezweifeln, dass dieser Plan gelingen kann. Politische Gegner werfen Saá vor, lediglich populistische Lösungen parat zu haben.

28. Dezember: Mehrere tausend Menschen demonstrieren auf den Straßen der Hauptstadt Buenos Aires erneut gegen die Wirtschaftspolitik.

29. Dezember: Die Massendemonstrationen gehen weiter. In der Nacht zum Samstag dringen mehr als 100 Protestierer in das Kongressgebäude ein, zerschlagen Fenster und nehmen die Einrichtung auseinander. Bei Streitigkeiten zwischen der Polizei und der aufgebrachten Menge werden zwölf Beamte verletzt und 33 Demonstranten festgenommen.

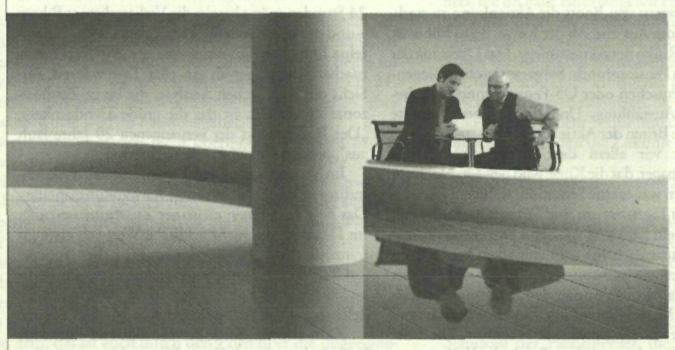
30. Dezember: Übergangspräsident Saá erklärt seinen Rücktritt. Als Grund nennt er, dass die einflussreichen Provinzgouverneure seine Politik nicht unterstützen. Zu einem Krisentreffen der Peronisten waren zuvor nur fünf der 14 parteieigenen Gouverneure angereist. Die Kritik der demonstrierenden Bevölkerung richtet sich inzwischen gegen die Politiker aller Parteien: Sie hätten es nach dem 20. Dezember versäumt, eine fähige Regierung einzusetzen.

31. Dezember: Nachdem auch Senatspräsident Ramón Puerta zurücktritt, fällt das Amt des Übergangspräsidenten gemäß der argentinischen Verfassung an Eduardo Camaño, den Vorsitzenden des Abgeordnetenhauses.

1. Januar 2002: Bei einer Sondersitzung des Parlaments soll der peronistische Senator und frühere Präsidentschaftskandidat Eduardo Duhalde zum neuen Staatschef gewählt werden.

Sal. Oppenheim

WIE MODERN DARF EINE PRIVATBANK SEIN?



Wir finden: sehr. So steht Sal. Oppenheim heute nicht nur für exklusives Private Banking mit über 200-jähriger Tradition. Sondern bietet als integrierte Vermögensverwaltungs- und Investmentbank ein umfassendes Finanz-Know-how und innovative Lösungen. Nicht zuletzt aber ist es unsere traditionelle Unabhängigkeit, die Ihnen zukunftweisende Möglichkeiten eröffnet.

IHR ERFOLG. UNSER ZIEL.

PRIVATBANKIERS SEIT 1789